



Sie befinden sich hier: [Startseite](#) > **Bayern tritt govdigital bei / Gerlach: Innovative Verwaltungsdigitalisierung bundesweit vorantreiben**

Bayern tritt govdigital bei / Gerlach: Innovative Verwaltungsdigitalisierung bundesweit vorantreiben

22. Juli 2021

Bayerns **Digitalministerin Judith Gerlach** verkündet heute den Beitritt zur bundesweiten Initiative für Verwaltungsdigitalisierung govdigital. Der Freistaat schließt sich damit der Digitalisierungsgenossenschaft an, die innovative IT-Lösungen im öffentlichen Sektor in den Bereichen Digitale Daseinsvorsorge, Blockchain, Digitale Souveränität und Künstliche Intelligenz vorantreiben will.

Gerlach erklärte: „Mit dem Beitritt zu govdigital vernetzen wir uns bundesweit breiter mit Playern in der Digitalisierung des öffentlichen Sektors. Von der Blockchain-Anwendung in der Verwaltung bis zu bürgerfreundlichen Online-Angeboten: Bayern will den digitalen Staat vorantreiben und eigene Ideen und Projekte auch bundesweit vorantreiben.“

Rudolf Schleyer, Vorstand der govdigital eG, erklärte: „Der Beitritt des Freistaats Bayern unterstreicht und verstärkt gleichzeitig die Bedeutung unseres gemeinsamen Vorgehens für die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung. Wir danken Staatsministerin Gerlach und ihrem Digitalministerium und freuen uns auf die Zusammenarbeit und den vertieften Austausch bei neuen sowie bestehenden Projekten. Der Freistaat stärkt die Reich- und Wirkungsweise von govdigital noch einmal deutlich. Das ist ein wichtiges Signal für bundesweit flächendeckende Leistungen im Rahmen digitaler Daseinsvorsorge.“

Die 2019 gegründete Genossenschaft govdigital sucht im Verbund nach innovativen Lösungen der digitalen Daseinsvorsorge für Bund, Länder und Kommunen. Kernkompetenz ist die gemeinsame Entwicklung, Umsetzung und der partnerschaftliche Betrieb von IT-Lösungen im öffentlichen Sektor. Dabei liegt der Fokus auf dem Aufbau und Betrieb von rechenzentrumsübergreifenden und Cloud-basierten Infrastrukturen, insbesondere Blockchain-Infrastrukturen. Auf dieser Basis sollen dann auch Landes- und Bundeseinrichtungen Anwendungen für die öffentliche Hand entwickeln und anbieten können.

[Inhalt](#)

[Datenschutz](#)

[Impressum](#)

[Barrierefreiheit](#)

